

STIFTUNG MEINUNG&FREIHEIT e.V.

Pressemitteilung

Repräsentative Umfrage bietet Meinungsbild: Hohe Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den öffentlich-rechtlichen Medien – rund ein Drittel meidet diese, 37 Prozent wünschen, diese abzuschaffen

„Reform des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist dringend notwendig“ – Stiftung Meinung & Freiheit e.V. gibt Kritik in Deutschland eine Stimme

Berlin, 24. November 2021 – Ende Oktober 2021 führte das Markt- und Sozialforschungsinstitut INSA-Perpetua Demoscopia im Auftrag der „Stiftung Meinung & Freiheit e.V.“ eine Online-Befragung durch, um ein repräsentatives Meinungsbild in der Bevölkerung bezüglich des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erhalten. An der Befragung nahmen 1.003 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren teil.

Eines der zentralen Ergebnisse der Befragung ist eine hohe Unzufriedenheit mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk: 38 Prozent der Befragten geben an, unzufrieden zu sein (Chart 8)*, wobei rund ein Drittel der Befragten (31 Prozent) die Angebote des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks meidet (16 Prozent nutzen diese eher selten und 15 Prozent sehr selten bzw. nie) (Chart 3)*. 37 Prozent der Befragten wünschen, dass die öffentlich-rechtlichen Medien gänzlich abgeschafft werden sollten (Chart 33)*, wobei weibliche Befragte mit 39 Prozent bei dieser Ansicht häufiger vertreten sind als männliche Befragte (Chart 35)*. Am höchsten ist die Unzufriedenheit bei Wählern der AfD (mit 71 Prozent), gefolgt von Wählern der Linken (mit 56 Prozent) und Wählern der FDP (mit 45 Prozent) (Chart 9)*.

Weitere wesentliche Ergebnisse sind, dass mit 52 Prozent eine Mehrheit der Befragten angibt, dass sie die Höhe des Rundfunkbeitrages an den öffentlich-rechtlichen Medien stört (Chart 13)*, und dass 32 % der Befragten eine fehlende politische Unabhängigkeit bzw. einseitige Berichterstattung bemängelt (Chart 13)*. Zudem ist eine relative Mehrheit von 46 Prozent (gegenüber 34 Prozent) der Ansicht, dass der Rundfunkbeitrag abhängig sein sollte von der Nutzung öffentlich-rechtlicher Medien bzw. von im Haushalt vorhandenen Geräten (Chart 28)*; weibliche Befragte sind mit 49 Prozent zu 43 Prozent häufiger dieser Ansicht als männliche Befragte (Chart 30)*.

„Eine Reform des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist dringend notwendig. Die Ergebnisse unserer repräsentativen Umfrage bieten dazu ein klares Meinungsbild und unterstützen unsere Forderung“, sagt Journalist und Publizist Roland Tichy, der sich als Vorsitzender der Stiftung Meinung & Freiheit e.V. engagiert. Tichy betont: „Wir wollen der Kritik in Deutschland am Öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine Stimme

geben. Ziel unseres Vereins ist es, die Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit gezielt zu stärken sowie die Medienvielfalt zu fördern.“

Spenden willkommen

„Aktionen wie diese Umfrage kosten Geld“, hebt Tichy hervor und informiert: „Unser Verein ist als gemeinnützig anerkannt. Mit ihren Spenden unterstützen unsere Förderer die Arbeit unseres Vereins, wozu wir alle Bürgerinnen und Bürger einladen, denen Meinungsfreiheit und Medienvielfalt am Herzen liegen. Nur mit ausreichend finanziellen Mitteln kann 'Stiftung Meinung & Freiheit e.V.' Wirkung entfalten. Informationen über unsere Ziele und Aufgaben finden Interessierte in unseren Grundsätzen auf unserer Website www.meinung-freiheit.de.“

Stellvertretender Vorsitzender von „Stiftung Meinung & Freiheit e.V.“ ist Hans-Georg Maaßen, Jurist und ehemaliger Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz der Bundesrepublik Deutschland. Alexander Mitsch, Diplom-Kaufmann und Gründungsvorsitzender der WerteUnion engagiert sich als Schatzmeister.

*Quelle: Befragung in Deutschland im Auftrag der Stiftung Meinung & Freiheit, 29.10.2021, Markt- und Sozialforschungsinstitut INSA-Perpetua Demoscopia

Pressekontakt:

Stiftung Meinung und Freiheit e.V.
Dieter W. Schleier
E-Mail: schleier.dieter@gmx.de
Website: www.meinung-freiheit.de

Grundsätze und Aufgaben von Stiftung Meinung & Freiheit e.V.:

Der Verein ist tätig auf der Grundlage eines freiheitlichen und liberalen Gesellschaftsverständnisses. Sie tritt ein für die Förderung von Medienvielfalt und Meinungsfreiheit. Sie verteidigt das Recht der Bürger, sich ungehindert aus allen Quellen zu informieren und frei zu äußern. Sie wehrt staatliche Angriffe auf Meinungs- und Informationsfreiheit ab im Sinne Artikel 5 Grundgesetz ab und fördert die Vielfalt publizistischer Stimmen.

Mahner gegen Einschränkungen

Stiftung Meinung & Freiheit tritt jedem Versuch entgegen, Art. 5 GG einzuschränken. Die Stiftung versteht sich als Mahner, wenn die grundgesetzliche Regelung der Meinungs- und Informationsfreiheit gefährdet ist.

Gegen staatliche Einflußnahme

Stiftung Meinung & Freiheit kämpft gegen jeden Versuch der staatlichen Einflußnahme auf Medien, wie es neuerdings die Landesmedienanstalten versuchen oder im Auftrag der Bundesregierung die „Neuen Deutschen Medienmacher“ vorhaben.

Förderer und Unterstützer

Stiftung Meinung & Freiheit kann wissenschaftliche Untersuchungen in Auftrag geben, Publikationen aller Art herausgeben, Tagungen veranstalten, die Aus- und Fortbildung von Journalisten fördern und unterstützen sowie alles unternehmen, was ihren Zweck fördert.

Preisverleihung "Meinungsfreiheit"

Der Verein vergibt jährlich den Preis „Meinungsfreiheit“ an Publizisten und Einrichtungen, die sich inhaltlich um ein freiheitliches Mediensystem im Sinne der Stiftung besonders verdient gemacht haben oder besonderer öffentlicher Unterstützung im Sinne der Meinungsfreiheit bedürfen.

Nachwuchsförderung

Die Förderung von journalistischem Nachwuchs ist eine der zentralen Aufgaben, denen sich Stiftung Meinung&Freiheit widmen wird.

Stellungnahme und Verteidigung

Stiftung Meinung & Freiheit nimmt Stellung zu medienpolitischen Themen, um die Freiheit der Medien zu verteidigen.